



Peter Moser

Zwei Initiativen – zweimal Nein

Eine Analyse der Zürcher Resultate des Umengangs vom 8.3.2015

Die beiden Initiativen hatten im Kanton Zürich, wie auch in der übrigen Schweiz, keine Fortune: Bei einer für einen Bundestermin klar unterdurchschnittlichen Stimmbeteiligung von 41.3% kam die Initiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“ der CVP auf einen Ja-Anteil von nur 20.4%. Damit nicht genug: Geradezu historische Dimensionen hatte die Niederlage der Grünliberalen mit ihrer „Energie- statt Mehrwertsteuer“-Initiative. 10.9% Ja-Stimmenanteil – das ist ein Wert, der im Kanton Zürich bei eidgenössischen Abstimmungen buchstäblich seit Menschengedenken nie unterboten wurde. Man muss dafür bis in den Mai des Jahres 1923 zurückblicken: Damals lag die Zustimmung gleich bei zwei Vorlagen unter der 10%-Marke: der „Schutzhaft-Initiative“ (9.5% Ja) und dem Referendum gegen ein Abkommen zur Liberalisierung des kleinen Grenzverkehrs mit Frankreich (5.7% Ja). Bei nicht weniger als 97% der Abstimmungen der vergangenen siebzig Jahre waren die Ja-Stimmenanteile im Kanton Zürich höher als bei den beiden Vorlagen.

Wovon die Zustimmung zu den beiden Initiativen abhing bzw. wer wie abgestimmt haben könnte, zeigen die Kantonsresultate für sich genommen nicht. Oft helfen diesbezüglich aber die Ergebnisse aus den 169 Gemeinden des Kantons weiter. Sozial oder ideologisch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sind räumlich inhomogen verteilt. Deshalb kann die Kombination von Abstimmungsergebnissen mit gemeindeweise verfügbaren Indikatoren über soziale Gegebenheiten und die politische Ausrichtung der Bevölkerung in einer sogenannten Aggregatsdatenanalyse Aufschluss über deren Abstimmungsverhalten geben.¹ Voraussetzung für eine fruchtbare Aggregatsdatenanalyse ist allerdings, dass sich die Kommunen hinsichtlich der interessierenden Merkmale auf beiden Seiten der Gleichung unterscheiden – je mehr desto besser.

Aus dieser analytischen Perspektive lässt das Datenmaterial, das die Gemeinden zu den beiden Abstimmungen erzeugten, freilich etwas zu wünschen übrig. Die Streuung der Gemeinderesultate ist nämlich ausserordentlich gering. Zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Ja-Stimmenanteil liegen bei der Familieninitiative bloss 17 Prozentpunkte, bei der Energiesteuerinitiative sind es mit 20 Prozentpunkten etwas mehr. Diese Werte liegen in den untersten 3% der Verteilung, wenn man die 467 eidgenössischen Vorlagen seit dem zweiten Weltkrieg als Vergleichsbasis verwendet. Das Polarisierungspotential der beiden Vorlagen war nach diesem Massstab gering, wofür auch die relativ niedrige Stimmbeteiligung ein Indiz ist. Mit anderen Worten: Nicht nur die Resultate waren ausserordentlich – so viel interkommunale Harmonie wie am vergangenen Sonntag herrscht im Kanton Zürich sehr selten. Ganz unergiebig ist die Analyse der Gemeinderesultate deswegen aber auch diesmal nicht, wie sich zeigen wird.

¹ Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten „ecological fallacy“, des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen: Statistische Zusammenhänge auf der Ebene zusammengefasster Daten implizieren nicht zwingend auch Zusammenhänge auf der Individualebene. Nur eine Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger wie abstimmten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer umsichtig interpretierten Aggregatsdatenanalyse brauchbar – denn die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, oft übereinstimmen.

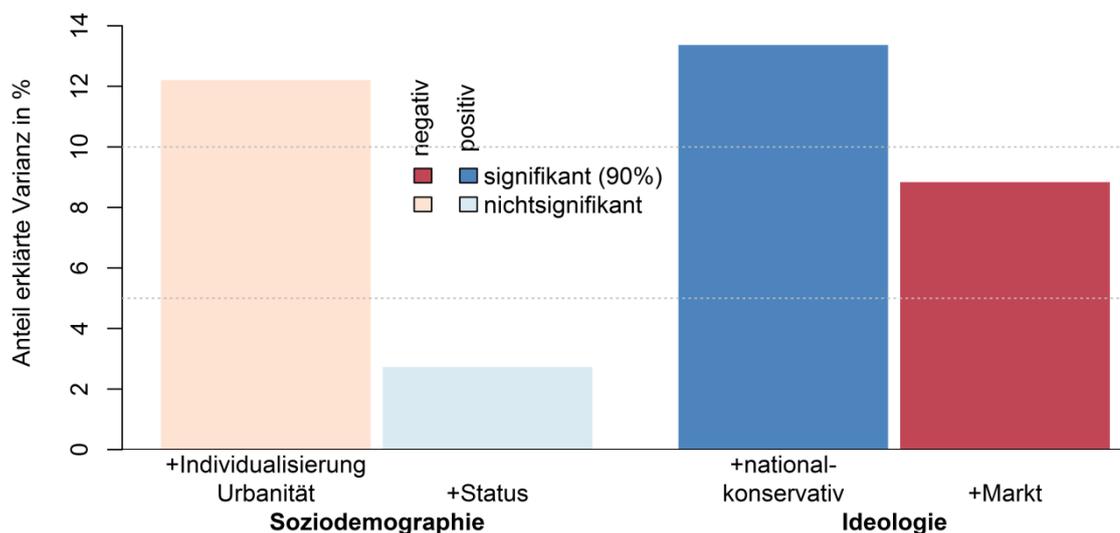
Familieninitiative findet wenig Anklang bei ihrem Zielpublikum

Für die Familieninitiative der CVP bestätigt Grafik 1 die Vermutung, dass sie keine nennenswerten Gräben aufriss. Sie beruht auf einem einfachen Regressionsmodell. Dieses berücksichtigt als unabhängige Variablen sowohl die Positionierung der Stimmbevölkerung der Gemeinden in der zweidimensionalen politisch-ideologischen Landschaft des Kantons (siehe Moser 2005, 2011) wie auch zwei wesentliche sozialräumliche Strukturmerkmale, den sozialen Status und die Lebensform der Gemeindebewohner, d.h. ob die Verhältnisse eher städtisch-individualisiert oder ländlich-traditionell sind.²

Die gesamte Erklärungskraft dieses Modells ist gering und die Effektstärken der einzelnen Einflussgrößen sind in einem Bereich, der allenfalls schwache Tendenzen nahelegt. Geringfügige Unterschiede im Abstimmungsverhalten gibt es zwischen urbanen Gemeinden (Zustimmung tiefer) und ländlichen (Zustimmung etwas höher) – allerdings ist dieser Zusammenhang auf dem hier gewählten Niveau (90%) statistisch nicht signifikant.

Grafik 1: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Familieninitiative

Resultate eines multivariaten linearen Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Familieninitiative, Gemeinden des Kantons Zürich (n = 169), insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 37%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren des Modells in Prozent der Gesamtvarianz des Ja-Stimmenanteils der Vorlage. Als Mass für die Effektstärke wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

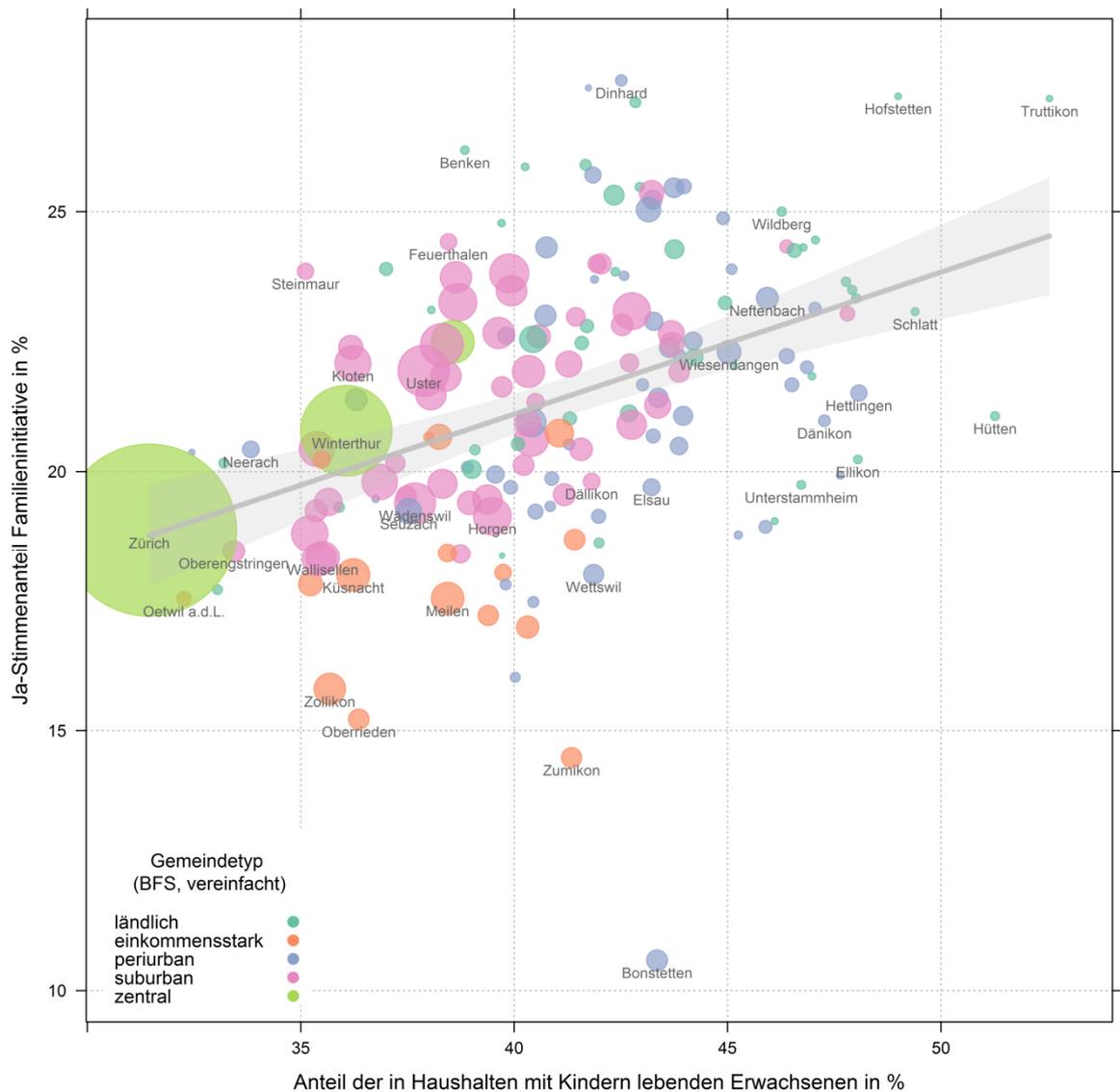
In urban-individualisierten Gebieten ist der Anteil kinderloser Haushalte hoch, während auf dem Land traditionellere Lebensformen, d.h. Familienhaushalte mit Kindern einen höheren Anteil haben – und auf deren steuerliche Entlastung zielte ja die Familieninitiative.

Grafik 2 zeigt deshalb direkt den Zusammenhang zwischen dem Anteil der erwachsenen Personen, die in einem Haushalt mit Kindern wohnen, und dem Resultat der Familieninitiative. Eine Tendenz zu einem höheren Ja-Stimmenanteil in familienreichen Gebieten ist zwar erkennbar, aber doch eher für das geübte Auge. Von einem ausgeprägten Zusammenhang, der ein Indiz für eine geschlossene, mehrheitliche Unterstützung der Initiative durch ihre unmittelbaren Adressaten wäre, kann nicht gesprochen werden.

² Die Motivation und die Variablen des Modells sind in Moser 2009 ausführlich beschrieben. Anwendungen finden sich in den meisten Zürcher Abstimmungsanalysen seither.

Grafik 2: Familieninitiative und Haushalte mit Kindern

Kanton Zürich, Ja-Stimmenanteil Familieninitiative, Anteil der erwachsenen Personen, die in Haushalten mit Kindern leben, an allen Erwachsenen (Schätzung)



Grafik: Statistisches Amt Kanton Zürich; Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich, BFS (STATPOP)

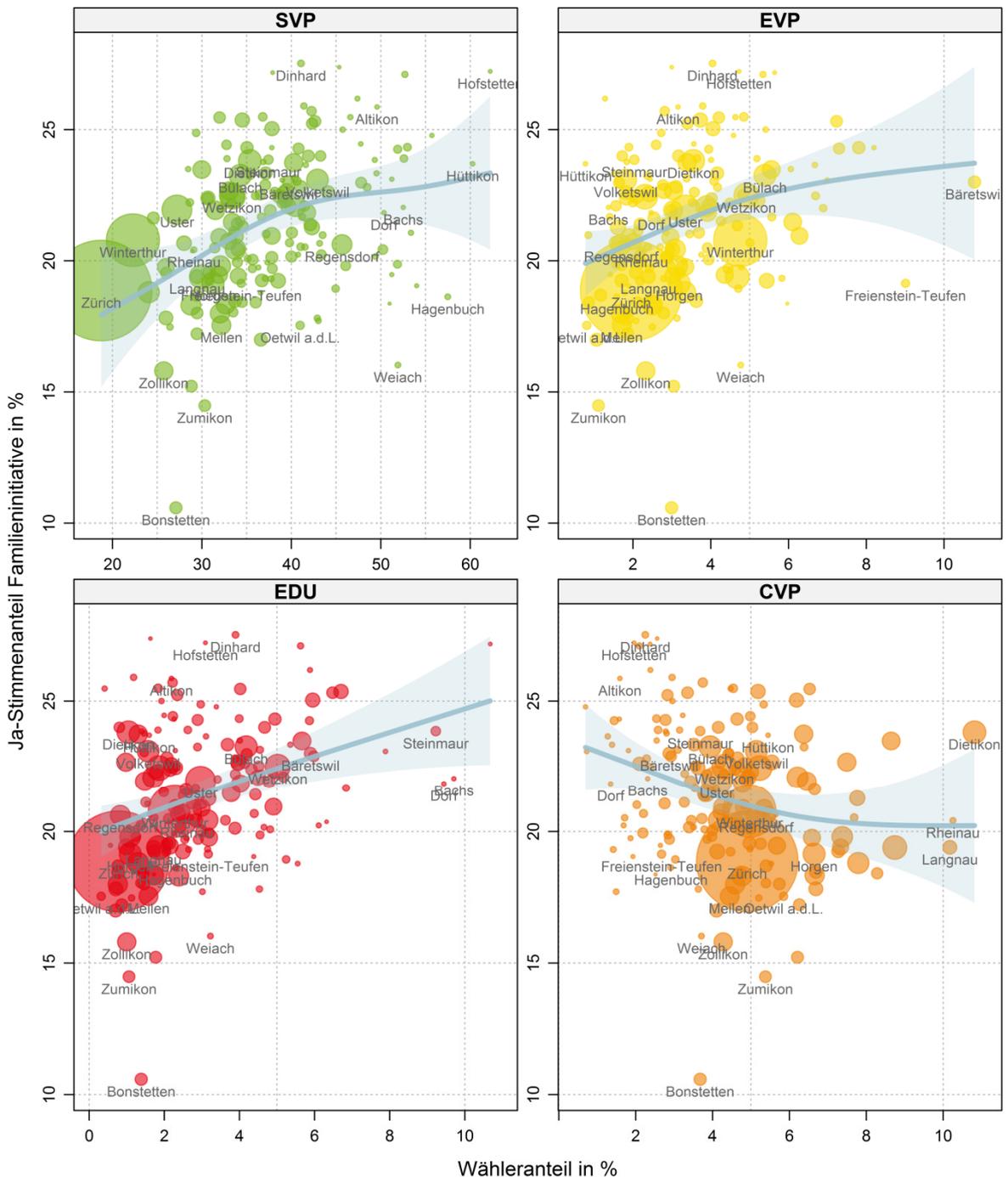
Fraglicher Support der CVP-Wählerschaft für die Familieninitiative?

Grafik 1 zeigt überdies, dass es – wenn auch schwache – Zusammenhänge zwischen der ideologischen Ausrichtung der Gemeinden und dem Ja-Stimmenanteil zur Familieninitiative gibt. In konservativen Gemeinden war die Zustimmung leicht erhöht, in progressiven etwas niedriger. Diese Einflussgrösse korreliert stark mit der Stärke der SVP, welche die Ja-Parole herausgegeben hatte. Gemäss Grafik 3 besteht tatsächlich ein positiver Zusammenhang mit dem Wähleranteil der SVP, dessen Stärke (Korrelationskoeffizient $r=.36$) freilich meilenweit entfernt ist von dem, der sich etwa bei der Masseneinwanderungsinitiative manifestierte ($r=.87$, siehe dazu auch Moser 2014). Die geschlossene Unterstützung durch die zahlenmässig bedeutende SVP-Wählerschaft hat der Initiative also zweifelsohne gefehlt. Auch bei der EVP, vor allem aber bei der EDU, zwei weiteren Pro-Parteien, sind positive Zusammenhänge zwischen dem Wähleranteil und der Zustimmung zur Familieninitiative erkennbar.

Einzig die federführende CVP konnte nicht auf ihre Basis zählen: Ein Zusammenhang zwischen ihrem Wähleranteil und dem Resultat der Familieninitiative ist nicht erkennbar. Selbstverständlich sollte die Evidenz dieser Gemeinderesultate nicht überbewertet werden:

Sie legen aber gewiss keine geschlossene Unterstützung der CVP-Initiative durch ihre eigene Wählerschaft nahe.³

Grafik 3: Familieninitiative und Wähleranteile von SVP, EVP, EDU und CVP
Kanton Zürich, Ja-Stimmenanteil der Familieninitiative, Wähleranteile der Parteien NR-Wahlen 2011



Grafik und Datenquelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

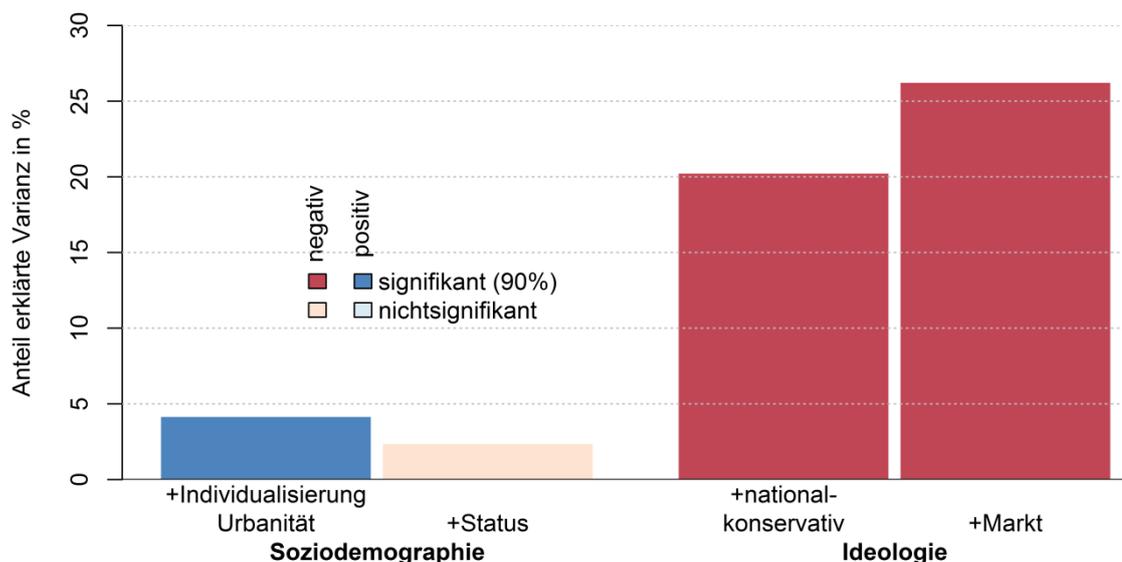
³ Ging es um katholische Kernanliegen so war dies anders. Die Zustimmung zur Abschaffung des Jesuiten- und Klosterartikels in der Bundesverfassung 1973, also vor mehr als vierzig Jahren, korreliert mit dem heutigen(!) Wähleranteil der CVP noch immer stärker als jede andere eidgenössische Abstimmungsvorlage seit dem 2. Weltkrieg (Korrelationskoeffizient $r=0.68$). Das ist ein erstaunlicher Beleg für die Konstanz bestimmter Aspekte der Zürcher Parteienlandschaft – auch wenn der Grund dafür letztlich im engen Zusammenhang zwischen dem Wähleranteil der CVP und dem Anteil der Katholiken zu suchen ist.

Energie- statt Mehrwertsteuer: eher ein grünes als ein liberales Anliegen?

Trotz des niedrigen Zustimmungsniveaus und der geringen Streuung lassen die Gemeinderesultate der Energiesteuerinitiative klarere Polarisierungsmuster erkennen als jene der Familieninitiative (Grafik 4). Unser Standardregressionsmodell liefert durchaus aussagekräftige Resultate: Die vier Faktoren vermögen erkleckliche 53% der Varianz der kommunalen Ja-Stimmenanteile zu erklären. Von Bedeutung war dabei ausschliesslich die ideologische Ausrichtung: In Gemeinden mit einem konservativen und marktliberalen Elektorat war die Zustimmung tendenziell (noch) tiefer als in jenen, die in der Regel eher progressiv und staatsfreundlich abstimmen.

Grafik 4: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Energiesteuerinitiative

Resultate eines multivariaten linearen Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Energiesteuerinitiative, Gemeinden des Kantons Zürich (n = 169), insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 53%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren des Modells in Prozent der Gesamtvarianz des Ja-Stimmenanteils der Vorlage. Als Mass für die Effektstärke wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

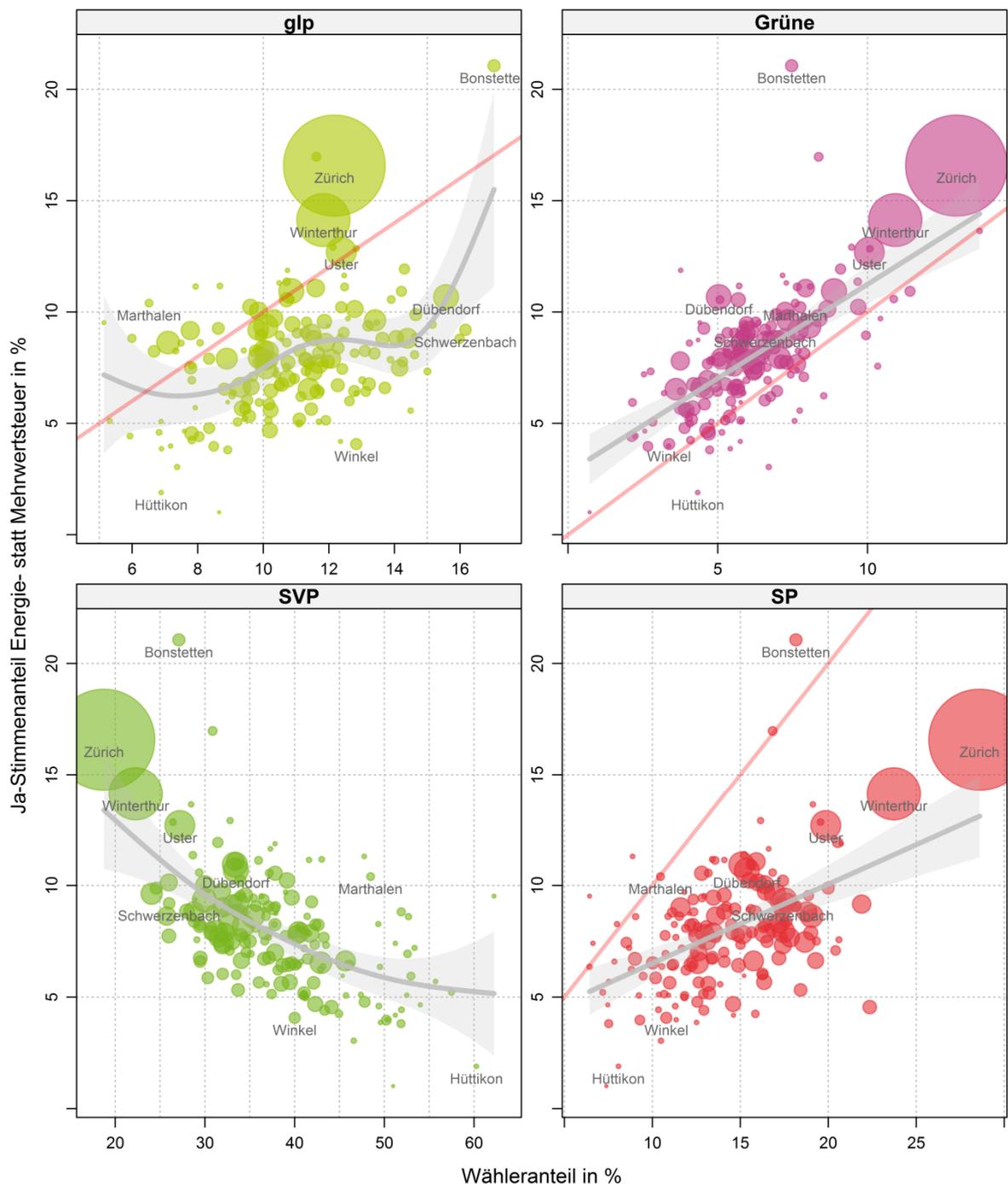
Auch bei dieser Initiative stellt sich die Frage nach der Unterstützung durch die Parteiwählerschaften der Pro-Parteien, der federführenden glp und den Grünen. Grafik 5 zeigt, dass bei beiden tendenziell positive Zusammenhänge bestehen, d.h. je höher ihr Wähleranteil, desto höher war auch die Zustimmung.

Frappant ist allerdings der Unterschied der Muster: Bei der glp ist ein Zusammenhang eher andeutungsweise erkennbar. Er wird auch relativ stark durch den Ausreisser Bonstetten beeinflusst. Aber gerade dort, wo die glp ihre Hochburgen hat, bleibt der Ja-Stimmenanteil in den meisten Fällen deutlich unter dem Potential, dass sie gemäss den Nationalratswahlen 2011 an sich hatte.

Bei den Grünen ist der Zusammenhang hingegen geradezu exemplarisch eng: Der Ja-Stimmenanteil zur Energiesteuerinitiative liegt zudem etwa in derselben Gegend wie ihr Wähleranteil, d.h. nahe bei der roten Linie in Grafik 5. Dieser Befund nährt die Vermutung, dass die Wählerschaft der Grünen relativ geschlossen für die Energiesteuerinitiative votierte – geschlossener jedenfalls als diejenige der glp.

Grafik 5: Energiesteuerinitiative und Wähleranteile von glp, Grünen, SP und SVP

Kanton Zürich, Ja-Stimmenanteil der Energiesteuerinitiative, Wähleranteile der Parteien NR-Wahlen 2011



Lesehilfe: Auf der roten Linie entspräche der Ja-Stimmenanteil der Initiative dem Wähleranteil der jeweiligen Partei

Grafik und Quelle: Statistisches Amt Kanton Zürich

Mangelnde Unterstützung der Initiativen durch eigene Wählerschaften

Schlüsse auf der Grundlage bivariater Zusammenhänge zwischen Ja-Stimmenanteilen von Abstimmungsresultaten und Wähleranteilen von Parteien sind stets mit Vorsicht zu genießen, nicht zuletzt wegen der strukturell-mathematischen Abhängigkeiten, welche unter letzteren bestehen – sie summieren sich ja immer auf 100%.

So korrelieren die Wähleranteile der Grünen und der SP relativ stark positiv untereinander und jener der beiden Linksparteien zusammen wiederum stark negativ mit demjenigen der SVP. Die Muster sind deshalb bei SP und SVP ähnlich wie bei den Grünen – bei der SVP selbstverständlich negativ ausgerichtet (je mehr desto weniger). Der Zusammenhang des Abstimmungsergebnisses der Energieinitiative mit dem Wähleranteil der Grünen dominiert aber auch bei einer multivariaten Betrachtung, welche neben den Parteiwähleranteilen zur Kontrolle die Soziodemographie der Gemeinden, d.h. den Status und die Urbanisierung berücksichtigt.

Dasselbe gilt übrigens auch für den fehlenden Zusammenhang zwischen dem CVP-Wähleranteil und dem Resultat der Familieninitiative. Er kann nicht einfach dem Umstand zugeschrieben werden, dass die CVP ihre Hochburgen hauptsächlich in den ehemaligen Industriestandorten des Kantons hat, also relativ urbanen Gebieten, in denen der Familieninitiative etwas unterdurchschnittliche Zustimmung zuteil wurde (siehe Grafik 2).

Die Analyse der Zürcher Gemeinderesultate legt so den Schluss nahe, dass die Zugpferd-Initiativen der glp und CVP ausser ihren rekordtiefen Resultaten noch eine weitere Gemeinsamkeit aufwiesen: Sie fanden gerade auch bei ihren Stammwählerschaften nur sehr mässigen Anklang.

Literatur

Grömping, Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.

Grömping, Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. *statistik.info* 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl – Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 29.11.2009. *statistik.info* 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich

Moser, Peter (2011). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. *Neue Zürcher Zeitung*, 8.3.2011.

Peter Moser (2014). Personenfreizügigkeit unter Druck. *statistik.info* 02/2014. Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe „statistik.info“ analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser
Telefon: 043 259 75 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Schöntalstrasse 5
8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch

© 2015 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.